

Sehr geehrter Herr Thierse,

ich bin kein Historiker, Philosoph oder Germanist. Ich bin Mathematiker und gehöre keiner Partei an. Als Mathematiker achte ich aber auf präzise Formulierungen und Zitate, die von Politikern geäußert werden. So ist mir in Ihrer Rede zur Aktuellen Stunde im Bundestag am 21.01.2011 folgendes Zitat aufgefallen:

„Meine Damen und Herren von der Linken, Sie kennen hoffentlich die unbequeme Frage von Ernst Bloch schon aus den 30er-Jahren des vorigen Jahrhunderts: Hat der Stalinismus den Kommunismus bis zur Unkenntlichkeit verzerrt oder vielmehr zur Kenntlichkeit gebracht? Diese Frage ist durch die blutige Bilanz der kommunistischen Bewegung endgültig beantwortet.“

Bei welcher Gelegenheit oder in welchem Werk von Ernst Bloch kann ich diese Frage finden? Mich interessiert die Quelle dieser Aussage. Sollte eine solche Aussage von Ernst Bloch existieren, dann schon garnicht aus den 30er-Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Seit Mitte der 1930er Jahre sprach sich Bloch öffentlich für die so genannten [Stalinschen Säuberungen](#) aus, insbesondere verteidigte er die [Moskauer Prozesse](#). (Wikipedia)

„Viele westliche Intellektuelle feierten Stalin 1937 als Lichtfigur und Retter der Vernunft - von Lion Feuchtwanger über Dashiell Hammett bis zu Ernst Bloch. Ernst Bloch schrieb 1938 über Bucharin und Rykow: "Sie haben sich mit dem faschistischen Teufel verbündet. Sie sind politische Verbrecher und Schädlinge großen Ausmaßes geworden. Ihre Verbrechen sind objektiv die schwersten." Bis in die Terminologie "Schädlinge" imitierte Bloch die Phrasen der Stalinisten und schönte Lenin und Stalin zu "Lichtgestalten der Liebe, des Vertrauens, der revolutionären Verehrung". Stalin erschien Bloch & Co. als Diktator der Vernunft, nicht nur als ein leidiges Übergangsphänomen, sondern als notwendig. Bloch hat sich nie selbstkritisch mit seinem Stalinlob befasst. Es ist etwas offen, unbearbeitet geblieben.“ (nachzulesen in einem Beitrag von Stefan Reinecke, taz.de 22.11.2007)

Dann beantworten Sie mir bitte noch die Frage, welche blutige Bilanz die kommunistische Bewegung auf deutschem Boden in Verantwortung des SED-Regimes der DDR hinterlassen hat?

Der Hass, der am 21.01.2011 in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages der LINKEN und ihrer Vorsitzenden entgegenschlug, hat mit einer sachlichen Auseinandersetzung nichts mehr zu tun. Elf gegen Einen, durch den Proporz im Bundestag. Die Wortwahl und die Art der Beschimpfungen auf einem so niedrigen Niveau erinnern an die Zeit vor dem Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Die gegenwärtige antikommunistische Kampagne ist bizarr und ekelhaft und erinnert an Hexenjagd, Inquisition und Geisterstunden und ist Rufmord. Das soll Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts sein. Nein, das ist tiefes Mittelalter in einem sogenannten aufgeklärten Abendland. Die Debatte hat anschaulich und deutlich gezeigt wessen Geistes Kind die Abgeordneten des Bundestages sind. Sie haben ihre wahre Gesinnung offenbart. Es hat in dieser Hysterie der einzelnen Redner nur noch der Aufruf zur Verfolgung und Vernichtung der LINKEN gefehlt.

Wo bleibt die Würde des Menschen bei der Beschimpfung, Verleumdung und Diffamierung der LINKEN? Der Antikommunismus und die Angst vor gesellschaftlichen Veränderungen bringen es zu Tage.

Vergessen wir nicht, daß die bisherigen und jetzigen Regierenden in der BRD den LINKEN einen ungeheuren Vorteil voraushaben: ihren unbedingten Mangel an Fairneß. Darum sind sie heute an der Macht. Sie haben immer Mittel angewandt von solcher Primitivität, daß die anderen sie einfach nicht für möglich hielten, weil sie in keinem anderen Land möglich gewesen wären.

Nun verstehe ich auch, warum Anträge der Linken im Bundestag, wie z.B. gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan, der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in den Ministerien der BRD oder zu einzelnen sozialen Problemen, grundsätzlich von den anderen Parteien abgelehnt werden. Nicht die Sache entscheidet, sondern die Ideologie. Denn der Feind steht links.

Der Bazillus des Antikommunismus ist im deutschen Volk tief verankert und hat eine unsägliche Tradition.

„Der Reichstag in Flammen!

Von Kommunisten in Brand gesteckt.
So würde das ganze Land aussehen, wenn der
Kommunismus und die mit ihm verbündete
Sozialdemokratie auch nur ein paar Monate
an die Macht kämen!

Brave Bürger als Geiseln an die Wand gestellt!

Den Bauern der rote Hahn aufs Dach gesetzt!

Wie ein Aufschrei muß es durch Deutschland gehen:

Zerstampft den Kommunismus!

Zerschmettert die Sozialdemokratie!

Wählt

Hitler

Liste 1“

Dies ein Wahlplakat zu Beginn der Naziherrschaft in Deutschland, zu sehen in der Ausstellung „Hitler und die Deutschen“, zur Zeit im Deutschen Historischen Museum Berlin.

Auf der Grundlage des Konkordats zwischen Hitler und dem Papst wurden die Katholiken in Deutschland aufgerufen Hitler zu wählen. Mit dem Segen der Kirche und dem Schwur auf Hitler mit dem Ziel der Vernichtung der Kommunisten und Bolschewisten erfolgten dann die unbeschreiblichen Verbrechen der Faschisten in der Kriegsführung gegen andere Länder und in den unzähligen Konzentrationslagern. Auch mein Vater war 4 Jahre im KZ Sachsenhausen, hat den Todesmarsch und am eigenen Leibe den Antikommunismus erlebt. Seine Aufzeichnungen über die schrecklichen Erlebnisse im KZ sind unvorstellbar und unbeschreibbar.

Nach Kriegsende 1945 wurde die alte Tradition in der BRD weitergeführt, nachzulesen im „Braunbuch“ von Dr. Norbert Podewin (Hrsg.), nach 1990 neu verlegt. Das Braunbuch weist nach: Zu den Stützen der Hitlerdiktatur, den Wegbereitern und Nutznießern der Judenverfolgung, den Organisatoren und Kommandeuren der Überfälle auf fast alle Länder Europas, zu den überführten Mördern von Antifaschisten und Widerstandskämpfern, die in der BRD tätig waren und sind, zählen

ein Bundespräsident,

20 Angehörige des Bundeskabinetts und Staatssekretäre,

189 Generale, Admirale und Offiziere der Bundeswehr

1118 hohe Justizbeamte, Staatsanwälte und Richter,

244 leitende Beamte des Auswärtigen Amtes, der Bonner Botschaften und Konsulate,

300 Beamte der Polizei und des Verfassungsschutzes.

Diese Personen werden namentlich aufgeführt mit ihren Verbrechen. Die Nichtverfolgung und Wiederverwendung von Nazi- und Kriegsverbrechern ist auch kein Zufall. Sie ist vielmehr Bestandteil der Bonner Politik, insbesondere der CDU/CSU. In über 20 Jahren ihrer Tätigkeit prägten die im Braunbuch beispielhaft genannten schwerbelasteten Nazi den Charakter dieses Bonner Staates. Die Bonner Regierung ermöglichte mit ihren Amnestiegesetzen und dem sogenannten 131er Gesetz das Wiedereintrücken schwerbelasteter Nazi in Schlüsselstellungen des westdeutschen Staates, seiner Wirtschaft und Justiz, der Armee, der Wissenschaft. Es handelt sich hier um Kriegs- und Naziverbrecher, nicht um irgendwelche Mitläufer der NSDAP. Sie taten alles, um das Gedankengut des Antikommunismus bei der Ausbildung der neuen Generation von Justizbeamten, Staatsanwälten, Richtern, Beamten für den Auslandsdienst und Schutzorganen sowie von Offizieren der Bundeswehr und Politikern weiterzugeben.

Das Gedankengut hat auch Einzug gehalten in die NPD. Ein Verbot der NPD kann nach dem heutigen Grundgesetz höchstwahrscheinlich nicht vollzogen werden. Dafür hat Roman Herzog, ein Schüler von Prof. Dr. Theodor Maunz, der auch in der obigen Liste geführt wird, vorsorglich gesorgt. Alle Bemühungen, die NPD zu verbieten, werden äußerst schwierig sein (siehe Freitag 5

vom 04.02.2005)

Der Geist der NS-Zeit blühte auf. 1956 wurde die KPD verboten. Ein finsternes Kapitel der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte und des Gesinnungsstrafrechts, das bis heute nicht aufgearbeitet wurde.

Zwar standen die Karlsruher Richter dem Verbot zunächst sehr skeptisch gegenüber, aber dem massiven Druck der Politik konnten und wollten sie sich nicht verweigern. Dabei konnten der KPD gar keine umstürzlerischen Aktionen nachgewiesen werden. Weder wurden geheime Waffenlager gefunden, noch konnten der Partei gewalttätige Demonstrationen wie einst in der Weimarer Republik zur Last gelegt werden. Es war ein politisches Urteil, das der antikommunistischen Staatsdoktrin der jungen Bundesrepublik folgte. Die Angst vor der „kommunistischen Gefahr“ war allgegenwärtig. In Westdeutschland begann der Aufbau der Bundeswehr, der Antikommunismus diente parteiübergreifend als ideologischer Grundpfeiler von Wirtschaftswunder und Westbindung. Die alten nationalsozialistischen Eliten konnten so leicht integriert werden, in die Politik, die Verwaltung und die neu gegründete Bundeswehr. In der Justiz tummelten sich besonders viele ehemalige NS-Juristen. Diese freuten sich, dass unter Kanzler Adenauer im 1. Strafrechtsänderungsgesetz 1950 an das NS-Gesinnungsstrafrecht angeknüpft wurde. Erneut waren jetzt nicht nur konkrete politische Handlungen strafbewehrt. Schon die pure politische Einstellung oder die Mitgliedschaft in einer verbotenen Partei genügte, um ins Gefängnis zu wandern. So konnten manche furchtbare Juristen wieder das tun, was sie schon unter Hitler gemacht hatten: Kommunisten verfolgen.

Die Begründung für das Strafrechtsänderungsgesetz, das die Verfolgung von Kommunisten ermöglichte, klang ähnlich wie in unseliger Zeit. Die „Verteidigungslinie vorverlegen“, hieß es 1950 im Bundestag. Fast wortgleich hatte 1934 schon Roland Freisler, der spätere Präsident von Hitlers Volksgerichtshof, dazu aufgerufen, „das Kampffeld nach vorne (zu) verlegen“. In der Bundesrepublik stand nun, wie schon zwischen 1933 und 1945, jede fundamentale oppositionelle politische Betätigung unter Hochverratsverdacht, die *Süddeutsche Zeitung* sprach von einem „Hexeneinmaleins der kollektiven Schuldvermutung“.

Ein Gericht, das sich bei der Kommunistenverfolgung besonders eifrig zeigte, war das Landgericht Lüneburg. Dort mussten sich die Angeklagten schon mal anhören, sie hätten aus ihrer Inhaftierung zwischen 1933 und 1945 „nichts gelernt“. Kein Zufall: Der für politische Strafsachen zuständige Staatsanwalt Karl-Heinz Ottersbach hatte während des Krieges als Ankläger des Sondergerichts Kattowitz eine Vielzahl von Todesurteilen beantragt; der Lüneburger Landgerichtsdirektor Konrad Lenski war vor 1945 Kriegsgerichtsrat in Straßburg und als solcher an Todesurteilen gegen französische Partisanen und vermeintliche Spione beteiligt.

"Die Bundesregierung allein trägt die Verantwortung für diese Verfahren."

Das sagte der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Josef Wintrich, vor der Urteilsverkündung am 17. August 1956. Das Verbot der KPD war durchaus umstritten - im In- und Ausland. Neben dem faschistischen Spanien war die Bundesrepublik das einzige westeuropäische Land, das Kommunisten aus dem politischen Leben verbannte.

Der Rechtsanwalt Heinrich Hannover war seinerzeit der sogenannte "Kommunistenverteidiger".

Heinrich Hannover: "Es sind sehr, sehr viele Kommunisten ermordet worden, das wird leider in der Geschichtsschreibung der Neuzeit meist verschwiegen. Wo es um Gedenktafeln geht für Widerstandskämpfer, da ist meistens von den Widerstandskämpfern des 20. Juli 1944 (auch in der Ausstellung „Hitler und die Deutschen“ J.S.), also von Offizieren die Rede, die ursprünglich mit Hitler gemeinsame Sache gemacht hatten, selten aber von den Kommunisten, die in sehr, sehr großer Zahl ermordet worden sind. Und von daher erschreckte es mich dann, daß ich schon 1950, als ich als Gerichtsreferendar in Bremen mich einstellen ließ, unterschreiben mußte eine Erklärung, daß ich nicht zur KPD gehöre und auch nicht zu einer sogenannten kommunistischen Tarnorganisation, wie beispielsweise der VVN, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes."

Mit dem 1. Strafrechtsänderungsgesetz, auch Blitzgesetz genannt, weil es in großer Eile im Sommer 1951 vom Bundestag verabschiedet wurde, ist der Gesinnungsschnüffelei Tür und Tor geöffnet. Hochverrat, Staatsgefährdung, Landesverrat-Staatsschutzbestimmungen von 1943, die der Alliierte Kontrollrat 1945 aufgehoben hatte - werden wieder in das Strafgesetzbuch aufgenommen.

"Jawohl, wir schaffen in gewisser Beziehung ein Gesinnungsstrafrecht..."

...erläuterte ein Abgeordneter der FDP-Regierungsfraktion...

"...aber wir bestrafen nicht die Gesinnung, sondern die Tat, die aus der Gesinnung wächst."

Nach dem KPD-Verbot 1956 rollt eine Welle politischer Strafverfolgung und antikommunistischer Hysterie durch die Bundesrepublik.

Menschen, die bereits in der NS-Zeit verurteilt wurden, sahen sich in der BRD erneut vor Gericht gestellt. Mitunter trafen sie sogar auf dieselben Richter.

Später fand das KPD-Verbot in gewissem Sinne seine Fortsetzung in den Berufsverboten, außer bei den Nazis.

Heinrich Hannover: „Ich denke da zum Beispiel an den Fall des am Thälmann-Mord und an der Ermordung von 8000 sowjetischen Kriegsgefangenen im Lager Buchenwald beteiligten Wolfgang Otto. Ich habe in diesem Verfahren gegen Wolfgang Otto die Nebenklage vertreten, nämlich Interessen der Tochter des ermordeten Ernst Thälmann, und dieser Wolfgang Otto, der nicht verschwiegen hatte, dass er an diesen Verbrechen im KZ Buchenwald beteiligt war, hat doch tatsächlich im Lande Nordrhein-Westfalen eine Verbeamtung als Lehrer erreichen können, als Lehrer für Geschichte und Religion. Und da frage ich mich natürlich, welches Geschichtsbild mag dieser Mann seinen Schülern und Schülerinnen vermittelt haben. Und ich frage mich auch, wie kann so etwas in einem Staat möglich sein, der sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennt und der die Erfahrungen des Hitlerreiches hinter sich hat.“

Von 1950 bis 1968 wurden zwischen 150 000 und 200 000 Ermittlungsverfahren eingeleitet - gegen Kommunisten oder vermeintliche Gesinnungsfreunde. Zwischen 7000 und 10 000 Verfahren wurden verhandelt. Sie endeten mit Haft, Arbeitsplatzverlust, Diskriminierung.

Bemühungen, die Opfer der politischen Strafjustiz in Westdeutschland zu rehabilitieren, sind bislang gescheitert.

Heinrich Hannover: " Ja, es hat ja Gesetze gegeben, durch die die Opfer der SED-Justiz und des SED-Unrechts entschädigt und rehabilitiert worden sind. Und ich gehöre zu denen, die sich darum bemüht haben, auch für die Opfer der westlichen Justiz des Kalten Krieges eine Rehabilitierung und eine Entschädigung herbeizuführen. Das ist nicht gelungen.

Ich habe, als Gerhard Schröder Bundeskanzler wurde, also ein Mann, den ich kannte aus gemeinsamen politischen Verteidigungen, mit dem ich mich auch duzte und den ich auch entsprechend anschreiben konnte, ich habe mich bemüht, ihn in seiner neuen Funktion dazu zu bewegen, dass er sich nun darum kümmern sollte, daß auch die Opfer der westlichen Kalten-Kriegs-Justiz rehabilitiert wurden. Er hat mir durch einen Ministerialbeamten antworten lassen: Bei uns sei im Unterschied zur DDR alles rechtsstaatlich zugegangen. Er weiß es besser, denn er hat als politischer Strafverteidiger durchaus auch scharfe Worte gefunden gegen das, was da gemacht wurde. Und ich habe schließlich seinem Ministerialbeamten geschrieben: Er möge seinem Chef doch ausrichten, daß er sich schämen soll.

In meiner Korrespondenz mit Gerhard Schröder spielte auch der Paragraph 6 des Bundesentschädigungsgesetzes eine Rolle. Das ist eine Bestimmung, die heute noch gilt und nach deren Inhalt Menschen, die nach 1949, nach Gründung der Bundesrepublik, verurteilt worden sind in politischen Strafverfahren der Kalten-Kriegs-Zeit ihre Ansprüche verlieren, die ihnen als Inhaftierte des Naziregimes zustanden. Da sind also Menschen ihre Renten aberkannt worden wegen jahrelanger Freiheitsberaubung, ja, es sind sogar Rückzahlungen angeordnet worden von bereits geleisteten Entschädigungszahlungen für Leute, die schon bei den Nazis jahrelang inhaftiert waren und nun auch noch von ehemaligen Nazirichtern wieder verurteilt worden sind in Verfahren,

die höchst fragwürdig waren. Gerhard Schröder hat auch das als rechtsstaatlich bezeichnet und das nehme ich ihm nun wirklich übel, denn er weiß genau, dass das keineswegs rechtsstaatlich sein konnte, wenn ehemalige Nazirichter über ehemalige Widerstandskämpfer derartige Entscheidungen trafen."

Fazit der Politik der BRD: Die Nazis wurden gebraucht, die Kommunisten hat man verfolgt und verurteilt und die Linken will man unter keinen Umständen haben. Für all das liefert das „Schreckgespenst des Kommunismus“ die Vorlage.

Wenn in Westdeutschland schon bis 1953, also noch nicht einmal 10 Jahre nach Beendigung des Krieges, die im „Braunbuch“ genannten Nazi- und Kriegsverbrecher schon wieder exponierte Stellen im gesellschaftlichen Leben der Bundesrepublik einnehmen konnten, werden heutzutage, 20 Jahre nach dem Mauerfall, eine große Anzahl von DDR-regimenahen Bürgern, die mit der Staatsmacht, der SED oder MfS zusammen gearbeitet haben, je nach Gemengelage oder Vorgabe durch die Regierenden gejagt, diffamiert und dem Rufmord ausgesetzt.

Nun etwas zu dem Buch „Das Amt und die Vergangenheit“. Was in diesem Buch festgestellt wird, kommt viel zu spät. Die Aufarbeitung der Nazivergangenheit ist bewußt verhindert worden. Der US-amerikanische Historiker Christopher Browning bemerkte, was in Deutschland offenbar als Sensation empfunden werde, wirke auf ausländische Forscher wie ein Durchkauen von allseits Bekanntem. Sein vor 30 Jahren erschienenenes Buch „Die 'Endlösung' und das Auswärtige Amt. Das Referat D III in der Abteilung Deutschland 1940-1943“ ist erst jetzt auf dem deutschen Buchmarkt. Warum erst jetzt?

Und dennoch, diese verdienstvolle Studie „Das Amt und die Vergangenheit“, die derzeit für erregte Debatten sorgt und manchen wie eine Offenbarung erscheint, ist etwas anderes. Nunmehr ist nach Jahrzehnten unbewältigter Vergangenheit erstmals die Schmach und Schande des Auswärtigen Amtes offiziell. Es war nicht nur Propaganda, was aus dem Osten verlautbart wurde. Auch über die unheilvolle personelle Kontinuität nach 1945 in Deutschland -West: Von A wie Auswärtiges Amt über J wie Justiz bis hin zu W wie Wehrmacht. Ebenso über Bonner Abwehrkomplexe, über Leugnung oder Rechtfertigungsversuche.

Victor Grossmann, ein in der DDR lebender US-Bürger, erinnert sich gegenüber ND: „Zusammen mit meinem damaligen Chef John Peet haben wir 1962 in 'Democratic German Report' eine Karte veröffentlicht. Sie zeigte die Welt mit einem Hakenkreuz auf jedem Land, wo ein Botschafter der BRD NSDAP- Mitglied gewesen war. Es waren fast 60 Hakenkreuze auf allen Kontinenten, von Chile bis Japan. Auf den folgenden Seiten wurden Kurzbiografien geboten und Zitate. So von Bonns damaligem Botschafter in der Schweiz, der sich gebrüstet hatte, bei der 'Entjüdifizierung' der Niederlande geholfen zu haben. Die Karte erschien in mehr als 20 Ländern, von Oslo bis Rom, von Tel Aviv bis Sydney, nur nicht in Bonn. Schließlich habe der 'Spiegel' sie erwähnt, worauf 'ein wüster Angriff' von 'Christ' und 'Welt' wegen 'Weitergabe kommunistischer Propaganda' erfolgt sei.“

Herr Thierse, setzen Sie sich dafür ein, daß die Geschichte der BRD-West ohne Wenn und Aber genauso akribisch aufgearbeitet wird wie die Geschichte der DDR. Unterstützen Sie den Antrag der LINKEN, der fordert, analog zur Studie „Das Amt“ alle in Frage kommenden Ministerien historisch aufzuarbeiten.

„Der Antrag, die Akten zum Fall Eichmann und die Frühgeschichte des BND offenzulegen, wurde übrigens mit den Stimmen der CDU/CSU und FDP bei Enthaltung der SPD und Zustimmung der LINKEN und der Grünen im Innenausschuß am 19. Januar 2011 abgelehnt.“ (ND 28.01.2011)
Wieso Stimmenthaltung der SPD? Soll die Wahrheit verschwiegen werden? Oder weil es den BND betrifft?

Diese Traditionslinie des Antikommunismus in der BRD setzt sich bis heute fort, und zwar in allen Parteien außer den Linken. Ob CDU/CSU, SPD, Grüne oder FDP, in ihrer Wortwahl und Beschimpfungen der Linken sind sie gleich. Die Schärfe und Brutalität, mit der diese Auseinandersetzungen und Haßtiraden geführt werden, ist erschreckend, abstoßend und

besorgniserregend, was sich in der Aktuellen Stunde des Bundestages am 21.01.2011 deutlich gezeigt hat. Stalinismus, Pol Pot Regime und das SED-Regime in der DDR, die alle Verbrechen an der eigenen Bevölkerung ihrer Länder zu verantworten haben, sind nicht mit Kommunismus zu vergleichen und schon gar nicht mit ihm gleichzusetzen. Die Idee des Kommunismus steht für umfassende Gütergemeinschaft und Gleichheit der Lebensbedingungen aller Gesellschaftsmitglieder und nicht für Gewalt. Die Ausübung von Gewalt im Namen des Kommunismus ist zu verurteilen und jeweils in dem Land aufzuarbeiten, in dem die Gewalttätigkeiten ausgeübt wurden. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln (Geld, Medien, Birthler-Behörde, Rufmord, Diffamierungen u.a.) wird ein neues „Schreckgespenst des Kommunismus“ aufgebaut. Der Ruf nach Überwachung der gesamten Partei DIE LINKEN durch den Verfassungsschutz und nach Verbot dieser Partei, insbesondere aus den Kreisen der CSU und CDU, wird immer lauter. So bleibt man sich der NS-Ideologie des Antikommunismus treu.

Es ist nichts gesagt, dass es besser wird, wenn es anders wird.

Wenn es aber besser werden soll, muß es anders werden.

Georg Christoph Lichtenberg (1742-1799, Schriftsteller und Mathematiker)

Mit freundliche Grüßen

Dr. Jurgis Szlaza

Quellen: Ausstellung „Hitler und die Deutschen“

Zeit Online

Deutschlandradio Kultur

Neues Deutschland

Freitag

Wikipedia

Dr. Norbert Podewin (Hrsg.)

Braunbuch

Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Berlin (West)

Reprint der Ausgabe 1968 (3.Auflage)

edition ost

Im Verlag Das Neue Berlin

Berlin, 01.02.2011